:rhein-sieg-kreis

Ü b e r s i c h t

über die vom Planungs- und Verkehrsausschuss des Rhein-Sieg-Kreises in seiner 05. Sitzung am 06.04.2011 gefassten Beschlüsse:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./ Ergebnis	Abstimmungs-ergebnis
	Öffentlicher Teil		
	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	**PVA 34/11** Änderung der TOP-Reihenfolge	**einstimmig,** Seite
1.	Niederschrift über die 04. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 18.02.2011	anerkannt	--
2.	Vorstellung eines Verkehrszeichenkatasters des Straßenverkehrsamtes - Präsentation des Programms -	Kenntnisnahme	--
3.	Vorstellung des Katasteramtes	Kenntnisnahme	--
4.	**Regionale 2010**		
4.1	Entwicklung eines Informations- und Vermittlungssystems für das Projekt "Natur und Kultur quer zur Sieg"	Kenntnisnahme	--
4.2	Entwicklung eines Informations- und Vermittlungssystems für das Projekt "Klosterlandschaft Heisterbach"	Kenntnisnahme	--
5.	20. Kreiswettbewerb 2011 "Unser Dorf hat Zukunft", Bestellung der Bewertungskommission	**PVA 35/11** Empfehlung an KA: Zustimmung zum Beschlussvorschlag mit einer Änderung	**einstimmig,** Seite
6.	Nahverkehrsplan für den Rhein-Sieg-Kreis - Sachstandsbericht -	Kenntnisnahme	--
7.	Zukünftige ICE-Linie Frankfurt - London - Bericht der Verwaltung -	Kenntnisnahme	--
8.	**Mitteilungen und Anfragen**		
8.1	S 13 - aktueller Sachstand	Kenntnisnahme	--
8.2	Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21.03.2011: Geplante Instandsetzungsarbeiten an der Nordbrücke in Bonn (A 565)	Kenntnisnahme	--
8.3	Verkehrssichere Gestaltung von Kreisverkehrsplätzen	Kenntnisnahme	--

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./ Ergebnis	Abstimmungs-ergebnis
8.4	Flächendeckende Einführung eines SchülerTickets bzw. eines PrimaTickets durch den VRS für Grundschulen	Kenntnisnahme	--
8.5	Aktuelle Mitteilungen und Anfragen	Kenntnisnahme	--
	Nichtöffentlicher Teil		
9.	Mitteilungen und Anfragen	--	--

Folgende Beschlussempfehlung fällt in die Zuständigkeit des Kreisausschusses:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./ Ergebnis	Abstimmungs-ergebnis
5.	20. Kreiswettbewerb 2011 „Unser Dorf hat Zukunft“, Bestellung der Bewertungskommission	**PVA 35/11** Empfehlung an KA: Zustimmung zum Beschlussvorschlag mit einer Änderung	**einstimmig,** Seite

N i e d e r s c h r i f t

über die vom Planungs- und Verkehrsausschuss des Rhein-Sieg-Kreises in seiner 05. Sitzung am 06.04.2011 gefassten Beschlüsse:

Sitzungsbeginn:	**16:04 Uhr**
Sitzungsende:	**18:05 Uhr**
Ort der Sitzung:	**A 1.16**
Datum der Einladung:	**29.03.2011**
Einladungsnachtrag vom:	**--**

Anwesende Mitglieder:

Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Rolf Bausch	
Herr Oliver Krauß	
Frau Renate Mersch	bis 17.55 Uhr
Herr Tim Salgert	
Herr Helmut Weber	
Herr Frank Zähren	bis 17.10 Uhr

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Werner Albrecht	
Frau Ute Krupp	bis 16.45 Uhr
Herr Dietmar Tendler	

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Herr Martin Metz	bis 18.00 Uhr
Frau Claudia Owczarczak-Borowski	in Vertretung für Abg. Anschütz
Herr Ingo Steiner	

Kreistagsabgeordnete FDP

Herr Dr. Friedrich-Wilhelm Kuhlmann

Kreistagsabgeordnete Bürger für Meckenheim

Herr Hermann-Josef Nöthen

Sachkundige/r Bürger/innen DIE LINKE

Herr Frank Kemper	bis 17.50 Uhr, anschließend i.V. SkB Treutler
Herr Bernd Treutler	ab 17.50 in Vertretung für SkB Kemper

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr Guido Koch	
Herr Thomas Sanner	in Vertretung für Abg. Kitz
Herr Frederic Tewes	bis 17.55 Uhr

Sachkundige/r Bürger/innen SPD

Herr Ulrich Knab	in Vertretung für SkB Schlömer

Sachkundige/r Bürger/innen FDP
Herr Klaus Reker bis 18.00 Uhr

Schriftführerin
Frau Ursula Hillebrand

Entschuldigt fehlten:

Frau Abg. Lisa Anschütz (DIE GRÜNEN)
Herr Abg. Marcus Kitz (CDU)
Herr SkB Dirk Schlömer (SPD)

Vertreter/-innen der Verwaltung

Planungsdezernent Jaeger
Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya
Straßenverkehrsamtsleiter Siegberg
Katasteramtsleiter Winter
Leiter des Amtes für Natur- und Landschaftsschutz Zimmermann
KVOR Wiehlpütz
KVermOAR Wielpütz
KOAR Pütz
KA Jacobs
KA Walter
Stadtplanerin Klüser
Dipl.-Geogr. Dr. Berbuir
Dipl.-Ing. Geerling

KOI Kassel (Pressestelle)

Gäste:
Bürgerbusverein Ruppichteroth

Öffentlicher Teil

	Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten	

Der Vorsitzende eröffnete die 05. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses und stellte die ordnungsgemäße und fristgerechte Einladung fest. Er begrüßte die Mitglieder und die Gäste vom Bürgerbusverein Ruppichteroth sowie die heute zum ersten Mal an einer Sitzung teilnehmenden Sachkundigen Bürger Kemper, Sanner und Treutler. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm der Vorsitzende die Verpflichtung der drei Sachkundigen Bürger vor. Die Verpflichtungsniederschriften wurden unterschrieben.

Abg. Tendler teilte mit, die Gäste aus Ruppichteroth würden an der heutigen Sitzung teilnehmen, weil nach Auskunft der RSVG das Thema „Bürgerbusverein“ Gegenstand der heutigen Beratungen sei. Dies sei offensichtlich aber nicht der Fall. Er bitte die Verwaltung um Aufklärung, damit die Gäste nicht unnötig warten müssten.

Planungsdezernent Jaeger antwortete, heute Morgen sei eine entsprechende Anfrage an die Verwaltung gerichtet worden. Daraufhin sei mitgeteilt worden, dass zwar unter TOP 6 „Nahverkehrsplan“ über die Gründungsabsichten des Vereins berichtet würde, Beschlüsse aber hierzu nicht anstünden. Was die RSVG für eine Auskunft erteilt habe, entziehe sich seiner Kenntnis.

Abg. Tendler bat darum, im Vorgriff auf TOP 6 jetzt etwas zum Thema „Bürgerbus“ zu sagen.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya erklärte, die Kreisverwaltung begrüße die Organisation und den Einsatz von Bürgerbussen, sehe aber im Rahmen des Nahverkehrsplans keine Zuständigkeit, so dass das Thema hier nicht explizit behandelt würde.

Der Vorsitzende ergänzte, wenn seitens des Vereins Bedarf bestehe, das Thema „Bürgerbus“ im Ausschuss zu behandeln, könne man sich gerne an ihn wenden.
Zur Tagesordnung schlug der Vorsitzende vor, TOP 8.3 „Verkehrssichere Gestaltung von Kreisverkehrsplätzen“ unmittelbar im Anschluss an TOP 2 „Verkehrszeichenkataster“ zu behandeln, da zu beiden Tagesordnungspunkten das Straßenverkehrsamt vortragen werde.

B.-Nr.: 34/11

TOP 8.3 wird vorgezogen und unmittelbar im Anschluss an TOP 2 behandelt.

Abst.-Erg.:

einstimmig

Anmerkung der Schriftführerin:
Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird in der Niederschrift die ursprüngliche Reihenfolge der Tagesordnungspunkte beibehalten.

1	Niederschrift über die 04. Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses am 18.02.2011	

Es gab keine Einwendungen. Die Niederschrift wird anerkannt.

2	Vorstellung eines Verkehrszeichenkatasters des Straßenverkehrsamtes - Präsentation des Programms -	

KA Walter erläuterte, Ziel war und ist es, alle verkehrsrechtlichen Anordnungen in einer Datenbank zu erfassen und anschaulich darzustellen. Das Straßenverkehrsamt habe deshalb in Zusammenarbeit mit der civitec ein Programm entwickelt, mit dem schnell und effizient Verkehrszeichen, aber auch Lichtsignalanlagen, stationäre Blitzeranlagen u.a. erfasst und bearbeitet werden können. Die Datenbank sei webgestützt, d.h. es könne sowohl auf die aktuellen Karten der Bezirksregierung und die Deutsche Grundkarte, als auch auf Katasterdaten oder Google maps zurückgegriffen werden, um die jeweiligen Standorte fast punktgenau geographisch darzustellen. Anschließend demonstrierte Herr Walter die Erfassung und Darstellungsmöglichkeiten online im sog. Verkehrszeichenkataster.
Ein Beispiel (Kreisverkehr in Wachtberg) kann der als **Anlage 1** der Niederschrift beigefügten Kurzdokumentation entnommen werden.

3	Vorstellung des Katasteramtes	

Katasteramtsleiter Winter stellte mittels einer DVD, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen, das staatliche Vermessungs- und Katasterwesen vor.

Der Vorsitzende fragte nach, ob es auch Dienstleistungen gebe, für die der Rhein-Sieg-Kreis Gebühren erheben könne.

Katasteramtsleiter Winter antwortete, der Rhein-Sieg-Kreis beschäftige sich mit Kataster- und Grundstücksbewertungen. Daneben gebe es noch die privaten und öffentlich bestellten Vermessungsingenieure, die die örtlichen Grundstücksvermessungen ausführen. Der Rhein-Sieg-Kreis übernehme die Vermessungsergebnisse in das Liegenschaftskataster. Auskünfte aus dem Kataster seien gebührenpflichtig.

Abg. Metz erkundigte sich nach dem Unterschied zwischen dem Kataster- und Vermessungswesen des Kreises und dem der Städte und Gemeinden. Gebe es dabei Überschneidungen oder von der Technik her Kooperationsmöglichkeiten, wie z.B. beim „Geographischen Informationssystem“ (GIS)?

Katasteramtsleiter Winter führte aus, das Kataster- und Vermessungswesen sei durch das Gesetz über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster - VermKatG NRW vom 01.03.2005, zuletzt geändert durch Art. 21 des Gesetzes vom 21.04.2009 (SGV.NRW 7134) geregelt. Danach haben die Kreise und kreisfreien Städte das Kataster zu führen. Die kreisangehörigen Kommunen seien aber berechtigt, für ihre eigenen Aufgaben eine Vermessungsabteilung zu unterhalten. Für das GIS habe der Kreis einen Koordinator eingesetzt, der auch schon zu den Gemeinden Kontakt aufgenommen habe, um Überschneidungen zu vermeiden. Während die kreisangehörigen Gemeinden eher seltener eine eigene Vermessungsabteilung unterhalten, habe die Stadt Troisdorf z.B. einen relativ großen Vermessungsbereich. Bei den kreisfreien Städten gebe es sowohl ein Amt für die städtischen Vermessungstätigkeiten, als auch ein Amt für die staatlichen Aufgaben der Katasterführung.

Abg. Metz fragte noch einmal nach, ob es richtig sei, dass es keine Überschneidun-

gen und damit auch keine möglichen Synergieeffekte zwischen dem Katasterwesen, den Aufgaben des Kreises und den eigenen Vermessungstätigkeiten der Städte und Gemeinden gebe.

Katasteramtsleiter Winter antwortete, im Bereich des Katasters führen der Kreis und die Gemeinden nur selten Vermessungen durch. Diese Aufgaben übernehmen die öffentlich bestellten Vermessungsingenieure. Wenn es um technische Vermessungen gehe, bedienen sich die kleinen Gemeinden in der Regel ebenfalls der Ingenieurbüros, während die größeren Kommunen eigene Außendienstler beschäftigen.

Hinweis der Verwaltung:
Der Gutachterausschuss für Grundstückswerte im Rhein-Sieg-Kreis und in der Stadt Troisdorf hat gemäß § 13 Abs. 3 der Gutachterausschussverordnung NRW den Grundstücksmarktbericht 2011 (Berichtszeitraum 2010) am 24.03.2011 beschlossen. Der Bericht ist für die Ausschuss-Mitglieder im passwort-geschützten Kreistagsinformationssystem als Anlage zu dieser Niederschrift unter
https://195.243.129.188/ssl100/ri/ylogon.php?logon=1 abrufbar.
(Er ist urheberrechtlich geschützt. Vervielfältigung und Verbreitung - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung des Herausgebers. Abdruck und Auszüge nur mit Quellenangabe.)

4	**Regionale 2010**	
4.1	Entwicklung eines Informations- und Vermittlungssystems für das Projekt "Natur und Kultur quer zur Sieg"	
4.2	Entwicklung eines Informations- und Vermittlungssystems für das Projekt "Klosterlandschaft Heisterbach"	

KVOR Wiehlpütz erläuterte noch einmal die in den Vorlagen der Verwaltung (Anlagen 1 und 2 der Einladung) dargestellten Informations- und Vermittlungssysteme der beiden Regionale-Projekte.

Der Vorsitzende dankte für die umfassenden Informationen.
Nachfragen bestanden keine.

5	20. Kreiswettbewerb 2011 "Unser Dorf hat Zukunft", Bestellung der Bewertungskommission	

Abg. Tendler begrüßte es sehr, dass dieser Wettbewerb wieder zum Tragen komme. Die Identifizierung der Menschen vor Ort mit diesem Wettbewerb sei so groß, dass es wichtig sei, die Veranstaltung trotz aller notwendigen Sparmaßnahmen auch in diesem Jahr wieder stattfinden zu lassen. Die Verwaltung habe in der Vorlage angekündigt, dass es 2011 erstmals gelungen sei, Sponsoren zu gewinnen. Er bitte hierzu um nähere Auskünfte. Darüber hinaus beantrage er, in dem Vorschlag für die Bewertungskommission statt Frau Nicole Männig Herrn Helmut Bösking aus Eitorf als Stellvertreter der SPD-Fraktion einzusetzen.

Antrag:

Stadtplanerin Klüser gab die Sponsorenliste bekannt:

Deutsche Telekom AG	5.000,00 €
Kreissparkasse Köln	Finanzierung der Abschlussveranstaltung bis zu 2.000,00 €
RSAG Rhein-Sieg-Abfallwirtschafts-gesellschaft mbH	3.000,00 €
RSVG Rhein-Sieg-Verkehrsgesellschaft mbH	3.000,00 €
RVK Regionalverkehr Köln GmbH	Übernahme der Startgelder in Höhe von 100,00 € je teilnehmendes „Dorf“ (mind. 3.000,00 €, max. 5.000,00 €)

Abg. Bausch betonte, auch seine Fraktion unterstütze diesen Wettbewerb. Die Resonanz sei wirklich beachtlich, insbesondere die kleineren Orte beteiligten sich mit großem Engagement und hohem Aufwand. Berücksichtige man zusätzlich, dass die Sponsorenleistungen höher seien, als der kreiseigene Anteil, könne man die Durchführung dieses Wettbewerbs trotz der bestehenden Sparverpflichtung durchaus vertreten.

Der Vorsitzende dankte der Verwaltung für die gute Arbeit. Als Wachtberger könne er das Interesse und Engagement der Bürger, z.B. in Adendorf, nur bestätigen.

Planungsdezernent Jaeger dankte den Ausschuss-Mitgliedern für die Würdigung der Bedeutung dieses Wettbewerbs. Dieser sei auch vor dem Hintergrund des demographischen Wandels, der Bekämpfung der Landflucht und der Attraktivitätssteigerung des ländlichen Raumes besonders wichtig.

Anschließend stellte der Vorsitzende, den Beschlussvorschlag der Verwaltung einschließlich der von dem Abg. Tendler beantragten Änderung zur Abstimmung.

B.-Nr.: 35/11

Der Planungs- und Verkehrsausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

I. Die Bewertungskommission für den Kreiswettbewerb 2011 „Unser Dorf hat Zukunft“ als Vorentscheid für den gleichnamigen Landes-/ Bundeswettbewerb wird wie folgt besetzt:

1. CDU-Fraktion	Herr Emil Eyermann
Stellvertreter	Herr Karl Schmitz
2. SPD-Fraktion:	Herr Jürgen Schulz
Stellvertreter:	Herr Helmut Bösking
3. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN:	Herr Reiner Albrecht
Stellvertreter:	Frau Edith Geske, Herr Ingo Steiner, Frau Lisa Anschütz, Herr Günter Piéla

4.	FDP-Fraktion: Stellvertreter:	Herr Klaus-Peter Smielick Herr Dr. Volker Boehm
5.	Beirat bei der Unteren Landschaftsbehörde:	Herr Bernd Schwontzen
6.	Landwirtschaftskammer NRW	Frau Gisela Bergholz
7.	Bezirksregierung Köln, Dez. 33	Herr Jörg Fehres
8.	Landfrauenverband: Stellvertreterin:	Frau Marianne Severin N.N.
9.	Bauaufsichtsamt des Rhein-Sieg-Kreises:	Herr Gerald Paffenholz
10.	Planungsamt des Rhein-Sieg-Kreises:	Frau Beate Klüser

II. Die Bewertungskommission entscheidet abschließend über Geldpreisvergaben, dies gilt auch für Sponsorengelder.

III. Im Rahmen des Wettbewerbs wird eine Bereisung der gemeldeten Dörfer durch die Bewertungskommission erforderlich. Der damit verbundene Aufwand wird in analoger Anwendung des § 9 der Hauptsatzung des Rhein-Sieg-Kreises erstattet. Die übrigen Jurymitglieder erhalten Reisekosten in entsprechender Anwendung dieser Bestimmung.

Abst.-Erg.: **einstimmig**

6	Nahverkehrsplan für den Rhein-Sieg-Kreis - Sachstandsbericht -	

Dipl.-Geogr. Dr. Berbuir erläuterte einführend die in der Verwaltungsvorlage dargestellten Änderungen zum sog. „kleinen Fahrplanwechsel“ am 12.06.2011. Hierbei handele es sich um kleinere Nachjustierungen, die die Rahmenvorgaben des vom Kreistag am 1.07.2010 beschlossenen Nahverkehrsplans nicht berühren:

- Fahrten werden in der Zeitlage etwas verschoben.
- Fahrpläne werden leicht angepasst.
- TaxiBus-Linien werden wieder in den regulären Busbetrieb zurückgeführt, vor dem Hintergrund, dass die Nachfrage relativ groß ist.

Besonders erwähnenswert seien im Wesentlichen drei Punkte:

1. Buslinien 537/541 - Königswinter
   Zur Stabilisierung des Anschlusses an die Linie 541 in Stieldorf werde die Linie 537 ab Juni 8 Minuten früher in Bonn abfahren.

2. Buslinien 576/577 - Lohmar
   Die Verwaltung befinde sich zurzeit noch in intensiven Gesprächen mit der RSVG bezüglich des Raums Lohmar-Heide und –Birk. Ziel sei eine zeitliche Entzerrung der Buslinien 576/577. Zurzeit würden noch verschiedene Varianten geprüft. Er sei aber zuversichtlich, dass sich hier noch eine Verbesserung ergeben werde. Bis zum 6. Mai müssten die Fahrpläne fertig sein, damit alle Informationen zum „kleinen Fahrplanwechsel“ am 12.06.2011 zur Verfügung stehen.

3. Buslinie 531 – Ruppichteroth
   Die Verwaltung habe im März auf verschiedenen Linien, u.a. auch auf der Linie 531, Fahrgastzählungen durchgeführt. Die Ergebnisse würden sukzessive ausgewertet.

   Anschließend stellte Dipl-Geogr. Dr. Berbuir die derzeitige Linienführung und die Zählergebnisse auf der Linie 531 sowie die Handlungsalternativen dar. Nähere Einzelheiten können der als **Anlage 2** der Niederschrift beigefügten Power-Point-Präsentation entnommen werden.

Der Vorsitzende dankte Herrn Dr. Berbuir für die informative Präsentation und regte an, in der nächsten Sitzung auch mal eine konkrete Übersicht der TaxiBus-Nachfrage darzustellen, der nach den bisherigen Erfahrungen insbesondere auch von Zeitticket-Inhabern gut angenommen werde. Dies sei zwar für die Einnahmesituation der Verkehrsunternehmen nicht ganz so gut, trotzdem sei es ein gewolltes Angebot und eine vernünftige Alternative auf schwächeren Relationen.

SkB Kemper stellte fest, die Angelegenheit sei sowohl für die Verwaltung, als auch für die beteiligten Parteien ein „Armutszeugnis“. Die Menschen in Ruppichteroth wären verunsichert. Aus der Politik seien ihm Unmutsäußerungen bekannt, weil das Thema immer wieder erneut behandelt werden müsste. Die Gemeinde Ruppichteroth sei jetzt in einem Schreiben gefragt worden, ob bei der Lösung „Kirchstraße“ auch der Winterdienst garantiert werden könne. Bei der jetzigen Lösung „Haus Tanneck“, wurde seines Wissens keine derartige schriftliche Bestätigung verlangt. In den vorliegenden Unterlagen werde betont, dass aus der Ortschaft Hatterscheid mit 270 Einwohnern 76 Unterschriften eingereicht worden seien. Nicht erwähnt wurde, dass auch 370 Unterschriften aus den Ortschaften Fusshollen/Litterscheid vorliegen. Vom Straßenverkehrsamt sei eine verkehrssicherungsrechtliche Überprüfung gefordert und auch durchgeführt worden, für den Fall, dass für die Lösung „Kirchstraße“ die Haltestelle verlegt werden müsste. Er frage sich, ob auch die am „Haus Tanneck“ als Haltestelle eingerichtete Schotterfläche einer derartigen Überprüfung unterzogen worden sei. Darüber hinaus sei erwähnt worden, dass die Hatterscheider Bürger im Falle des Wegfalls der Haltestelle „Hatterscheid Ort“ 700 m laufen müssten. Die Litterscheider Bürger müssten bereits jetzt den doppelten Fußweg bis zur nächsten Haltestelle zurücklegen. Wenn man „Hatterscheid Ort“ wegfallen lassen und dafür wieder die Winterscheider Mühle anfahren würde, müssten die Bürger beider Orte einen ähnlich weiten Fußweg zurücklegen. Nach seiner Ansicht sei man jetzt an einem Punkt angekommen, von dem er glaube, dass es dieser Ausschuss nicht mehr lösen könne. Die Gemeinde Ruppichteroth werde sich in der heutigen Ratssitzung ebenfalls mit diesem Thema beschäftigen. Er schlage vor, der Ausschuss vertage das Thema auf die nächste Sitzung und beschließe dann entsprechend dem Votum des Gemeinderates.

Der Vorsitzende wies darauf hin, in der letzten Sitzung sei bereits beschlossen worden, die Winterscheider Mühle wieder anzufahren, wenn die dafür erforderlichen Voraussetzungen von der Gemeinde Ruppichteroth erfüllt werden. Hierüber habe die Verwaltung gestern auch noch einmal mit der Gemeinde ein Gespräch geführt. Die Fraktionen in Ruppichteroth unterstützen diese Alternative, so dass er zuversichtlich sei, dass jetzt eine Lösung gefunden werde, die alle zufrieden stelle.

Abg. Tendler dankte Herrn Dr. Berbuir für den fachlich versierten Vortrag. Den Vorwurf des SkB Kemper weise er zurück. Der Ausschuss habe sich speziell mit der Linie 531 sehr intensiv befasst. Beim Nahverkehr gebe es immer Partikularinteres-

sen, Ortschaftsinteressen, Anliegen von Bürgerinitiativen etc. Insofern sei es immer schwierig, für alle die richtige Lösung zu finden. Natürlich müsse die Gemeinde Ruppichteroth an der Entscheidung beteiligt werden. Der Bürgermeister habe keine leichte Aufgabe, da es hier auch einen Konflikt zwischen den Ortschaften gebe. Jeder versuche seine Interessen durchzusetzen. Der Rhein-Sieg-Kreis müsse aber auch das Gesamtinteresse und ebenso die Kostenrelation im Blick behalten.
Darüber hinaus stellte er fest, dass die Zählung deutlich gezeigt habe, wie attraktiv diese Strecke als Schnellbuslinie wäre. Abschließend wies er noch auf ein sekundäres Problem zwischen Ruppichteroth und Neunkirchen-Seelscheid und zwischen den Ortschaften Ruppichteroth-Litterscheid, -Hatterscheid und Eitorf hin. Der Kreis unterhalte in beiden Gemeinden Außenstellen des Berufskollegs. Es sei nach wie vor ein Problem, die Schüler von Ruppichteroth nach Eitorf oder Neunkirchen-Seelscheid zu bringen. Wenn man das Verkehrsangebot in diesem Bereich noch einmal überdenke, bitte er darum, auch noch einmal die Möglichkeit einer früheren Verbindung für die Schüler zu prüfen. Im Übrigen gehe er davon aus, dass zu dem Thema Ruppichteroth heute kein Beschluss gefasst werde.

Abg. Metz äußerte, er habe über das Thema Ruppichteroth hinaus noch einige andere Fragen zum Nahverkehrsplan. Bei der Linie 572 in Eitorf werde das erste Mal eine TaxiBus-Relation wieder auf einen normalen Linienbusverkehr umgestellt. Wie werde das von dem Verkehrsunternehmen logistisch gelöst? Müsse die RSVG für eine Fahrt einen Bus vom Betriebshof Hennef bis nach Eitorf und wieder zurück fahren oder könnten hier Synergieeffekte genutzt werden? Zum Thema Lohmar-Heide/ -Birk sei seine Fraktion gespannt auf die Lösungsvorschläge der Verwaltung. Er bitte, Fahrplanvorschläge so früh wie möglich den Fraktionen zuzuleiten, um diesen die Möglichkeit zu geben, sich rechtzeitig und umfassend damit auseinanderzusetzen.
Bezogen auf die Linie 537 erkundigte er sich, ob die frühere Abfahrt am Hbf Bonn zu einer Verschiebung innerhalb der Gesamtfahrzeit führe.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya bestätigte dies.

Zur Linie 531 betonte Abg. Metz, dass er in der bisherigen Vorgehensweise kein „Armutszeugnis“ sehe, vielmehr handele es sich hier um einen intensiven Abwägungsprozess. Er würde es sehr begrüßen, wenn man in diesem Zusammenhang, wie bereits angesprochen, auch noch einmal die Querverbindungen prüfen könnte. Dabei müsse sicherlich von Anfang an eine Durchbindung nach Eitorf berücksichtigt werden. Es mache wenig Sinn, die Linie in Litterscheid enden zu lassen. Aber das werde letztendlich die Prüfung, auch vor dem Hintergrund der Kosten, zeigen. Bezogen auf das Thema „Kosten“ betonte er, für ihn sei es nicht nachvollziehbar, wie die RSVG auf 50.000,00 € Mehrkosten für die im letzten Planungs- und Verkehrsausschuss beschlossene Variante komme. Das müsse noch erläutert werden. Im Übrigen sei man sich einig, das Ergebnis der heutigen Ratssitzung abzuwarten und erst in der nächsten Sitzung des Planungs- und Verkehrsausschusses eine Entscheidung zu treffen.

Abg. Bausch hoffte, dass bei den Linien 576/577 Vorschläge gemacht würden, die letztendlich auch in Lohmar zu einer einvernehmlichen Lösung führen könnten und die auch von der Kostenseite her realisierbar seien. Die von der Verwaltung angesprochene Abstimmung mit der RSVG müsse so zeitnah erfolgen, dass die erforderlichen Fahrplananpassungen zum „kleinen Fahrplanwechsel“ im Juni umgesetzt werden könnten. Bei der Linie 531 hätten alle Parteien versucht, in erster Linie dem Nutzer gerecht zu werden und zweitens die im Nahverkehrsplan berücksichtigte Gesamtverkehrsbeziehung nicht zu gefährden. Zu guter Letzt müsse es auch bezahlbar

bleiben und auch gegenüber den anderen Kommunen vertretbar sein. An dieser Stelle bekräftigte er noch einmal die Bitte des Abg. Metz, die Verwaltung solle sich von der RSVG die 50.000,00 € Mehrkosten erläutern lassen. Das Gleiche gelte für die von Herrn Dr. Berbuir genannten Zahlen im Zusammenhang mit dem TaxiBus-Einsatz. Auch hier bitte er um Konkretisierung.

SkB Reker bemerkte, von einem Gespräch mit dem Bürgermeister Loskill wisse er, dass 90 % der Ratsmitglieder den letzten Beschluss des Planungs- und Verkehrsausschusses zur Linie 531 positiv bewerten.

Abg. Krauß wies die von SkB Kemper zu Beginn gemachten Äußerungen bezüglich der wiederholten Beratungen des Themas Ruppichteroth/Linie 531 entschieden zurück. Zu den Königswinterer Themen bitte er die Verwaltung, dass sie sich noch einmal damit auseinandersetze, insbesondere mit der Frage des AST-Ersatzes durch einen TaxiBus und die aus seiner Sicht absurde Vorstellung, zur Querung eines Bahnübergangs einen Puffer von 15 Minuten vorzusehen.

7	Zukünftige ICE-Linie Frankfurt - London - Bericht der Verwaltung -	

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

Abg. Tendler merkte an, das Thema sei bereits in anderen Gremien diskutiert worden. Bei aller Sympathie für eine solche Linie sei ein Punkt sehr wichtig und darauf müsse immer wieder aufmerksam gemacht werden: Es könne nicht sein, dass der gesamte SPNV - insbesondere am Knotenpunkt Köln - unter so einer Zugverbindung leide.

Der Vorsitzende unterstützte diese Anmerkung. Denkbar sei z.B. auch, den ICE in Köln starten zu lassen und dann über Aachen nach London zu führen, um den Knoten Köln zu entlasten. Dennoch sollte man gegenüber der DB die Interessen des Kreises als Maximalforderung vertreten.

8	Mitteilungen und Anfragen	

8.1	S 13 - aktueller Sachstand	

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

8.2	Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 21.03.2011: Geplante Instandsetzungsarbeiten an der Nordbrücke in Bonn (A 565)	

Der Vorsitzende wies darauf hin, die Anfrage der CDU-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei nur ein erster Einstieg in dieses Thema. Er erinnerte daran, dass die geplanten Instandsetzungsarbeiten auch noch einmal in der nächsten Gemeinschaftssitzung mit der Bundesstadt Bonn vertiefend erläutert werden sollen.

Abg. Albrecht kommentierte, für die Brückenarbeiten auf der Hauptverbindungsstrecke zwischen dem links- und rechtsrheinischen Teil des Rhein-Sieg-Kreises einen Zeitraum von vier Jahren (2012 - 2016) anzusetzen, halte er für nicht praktikabel. In Anbetracht des zu erwartenden Verkehrschaos müsse man die Frage stellen, ob dies nicht auch etwas schneller gehen könne.

Der Vorsitzende bemerkte, der Rhein-Sieg-Kreis sei leider nicht verfahrensführend, aber es werde sicherlich alles versucht, um den Zeitraum so kurz wie irgend möglich zu halten.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya bot an, die Verwaltung könne den Baulastträger bitten, in einer der nächsten Ausschuss-Sitzungen den Maßnahmen- und Terminplan zu erläutern.

Abg. Bausch begrüßte diesen Vorschlag. Es wäre sicherlich sehr hilfreich, wenn eine solche sachliche Information hier im Ausschuss, möglichst noch in diesem Jahr, stattfinden könnte.

Es bestand Einvernehmen, die Verwaltung zu bitten, einen Vertreter des Baulastträgers in den Ausschuss einzuladen.

8.3	Verkehrssichere Gestaltung von Kreisverkehrsplätzen	

Straßenverkehrsamtsleiter Siegberg informierte über die unterschiedlichen Gestaltungen außerorts gelegener Kreisverkehre und erläuterte, was aus der Sicht des Straßenverkehrsamtes zu einer verkehrssicheren Gestaltung der Mittelinsel beitrage und welche Gestaltungsvarianten ein erhöhtes Unfallrisiko darstellen.
Seine Präsentation ist der Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt.

Abg. Bausch wies darauf hin, er sei kein Freund von Reglementierungen. Man sollte dem Bürger so weit wie möglich die Gestaltungsfreiheit lassen. Aber Sicherheitsaspekte müssten natürlich als Mindestanforderung in die Überlegungen bei der Anlage eines Kreisels mit einfließen. Er erkundigte sich nach den aus seiner Sicht oftmals schwer erkennbaren „kleinen Kreisverkehre“.

Ltd. KVD Siegberg erklärte, sog. „Minikreisel“ hätten den Vorteil, dass verhältnismäßig viel Verkehr auf einer verhältnismäßig kleinen Fläche abgewickelt werde, ohne dass die Fahrbahn durch Markierungen, Erhöhungen oder Linienführungen besonders gekennzeichnet sei. Man habe lediglich eine äußere und eine innere kreisförmige weiße Linie, an der sich der Autofahrer orientieren müsse. Die Unfallstatistik auf dem Gebiet des Rhein-Sieg-Kreises zeige, dass es in den Minikreiseln verhältnismäßig wenige Unfälle gebe. Ein Beispiel hierfür sei der Minikreisel am Kreishaus Siegburg / Einmündung Siegfeldstraße. Durch die Errichtung des Minikreisels habe sich die Zahl der Unfälle deutlich reduziert.

Abg. Krupp führte aus, in Rheinbach seien in den letzten Jahren viele Kreisverkehre errichtet worden, die sicherlich auch alle sinnvoll seien. Man habe sich bemüht, für die Gestaltung der Mittelinsel Sponsoren zu finden. Diese seien sicherlich nicht sehr erfreut, wenn man jetzt nach neueren Erkenntnissen einen Rückbau fordern müsste. Sie gehe davon aus, dass der Rhein-Sieg-Kreis den betroffenen Kommunen mitteile, wenn es auf deren Gebiet Kreisverkehre gebe, die nicht den Sicherheitsaspekten

entsprechen würden. Darüber hinaus gebe es in Rheinbach auch einen Minikreisel, der von einem Drittel der Bürger angenommen werde, während zwei Drittel die kreisförmigen Linien überfahren würden. Als Kosten für den Minikreisel seien 3.500,00 € entstanden. Sie frage sich, ob hier der Nutzen tatsächlich im Verhältnis zu den Kosten stehe.

SkB Kemper bemerkte, wenn Sicherheit über alles gehe, müsste z.B. auch eine Allee in Frage gestellt werden und wenn Ablenkung als so große Gefahr gewertet werde, dann seien auch Plakate, schöne Fassaden etc. eine Gefahr. Insofern müssten dann auch Grenzen formuliert werden. Er fragte nach, ob es Studien/Statistiken darüber gebe, inwieweit sich Ablenkung oder der Verzicht auf Ablenkung auf die Unfallhäufigkeit auswirken. Darüber hinaus wollte er wissen, ob es schon rechtskräftige Entscheidungen gebe.

Ltd. KVD Siegberg berichtete, er habe heute zum ersten Mal von einem Verfahren gehört, bei dem ein Straßenbaulastträger wegen mangelnder Verkehrssicherheit eines Kreisverkehrs verklagt worden sei. Rechtskräftige Entscheidungen seien ihm aber bisher nicht bekannt. Werbeanlagen an der Straße seien grundsätzlich ein Problem, es gebe im Rhein-Sieg-Kreis aber relativ wenige von solchen Anlagen. Bäume seien ebenfalls eine potentielle Gefahrenquelle. Deshalb gebe es inzwischen auch eine Richtlinie, die einen bestimmten Mindestabstand fordert. Alleen würden aus Verkehrssicherheitsgründen oftmals durch Leitplanken abgesichert. Allerdings sei dies immer eine Einzelfallentscheidung. Bei der Abwägung müssten auch die Zweiradfahrer berücksichtigt werden. Die Errichtung von Minikreiseln sei eine Frage der Philosophie. Tatsache sei auf jeden Fall, dass es im Rhein-Sieg-Kreis keinen einzigen Kreisel gebe, der als Unfallhäufungsstelle registriert sei.
Abschließend betonte er, hinsichtlich eines eventuellen Rückbaus der Monumente auf den Mittelinseln der Kreisverkehre werde der Rhein-Sieg-Kreis sehr umsichtig verfahren. Zunächst einmal würden alle Kreisverkehre begutachtet. Am 18.05.2011 werde dann in einer gemeinsamen Konferenz mit alle Straßenverkehrs- und Straßenbaubehörden abgewogen, welche Gestaltung aus Verkehrssicherungsgründen als zu gefährlich eingestuft werden müsse.

8.4	Flächendeckende Einführung eines SchülerTickets bzw. eines PrimaTickets durch den VRS für Grundschulen	

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

8.5	Aktuelle Mitteilungen und Anfragen	

a) Rhein-Sieg-Express
Abg. Krauß äußerte, die Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises in der Verbandsversammlung des ZV NVR haben sich auch intensiv mit der Problematik des RE 9 befasst. Er bitte die Verwaltung, die entsprechende Vorlage aus der Hauptausschuss-Sitzung am 31.03.2011 der Niederschrift beizufügen.

Anmerkung der Schriftführung:
Die Vorlage ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.

b) Alfter-Oedekoven / Schließung des Bahnübergangs

Abg. Krauß erläuterte, es gehe hier um die Schließung des dritten Bahnübergangs in Alfter, Alter Heerweg im Zuge einer Brückenbaumaßnahme. Im Rahmen der Finanzierungszusage der DB AG habe die damalige Bürgermeisterin zwar der Schließung zugestimmt, er halte dies jedoch für falsch. Dies sei auch ein Thema des Rhein-Sieg-Kreises, da im Falle der Schließung der Bus einen weiteren Umweg fahren müsste. Der Kreis werde im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens gehört. Er appelliere deshalb an die Verwaltung, dass sie in ihrer Stellungnahme die negativen Konsequenzen für den Rhein-Sieg-Kreis deutlich mache und sich entschieden gegen eine Schließung ausspreche. Die Stadt Bonn habe ebenfalls eine entsprechende Stellungnahme zugesagt.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya berichtete, am Montag habe es in dieser Angelegenheit ein gemeinsames Gespräch zwischen der Stadt Bonn, der Gemeinde Alfter und dem Rhein-Sieg-Kreis gegeben. Es habe Einigkeit darüber bestanden, dass der Bahnübergang offen gehalten werden müsse, u.a. auch für den Schwerlastverkehr zu dem ortsansässigen Gewerbe. Als Verwaltung bemühe man sich jetzt, gemeinsame Argumente zusammenzutragen, um die „Offenhaltung des Bahnübergangs“ auch gemeinsam vertreten zu können. Als Träger öffentlicher Belange habe der Rhein-Sieg-Kreis um Fristverlängerung gebeten, die inzwischen auch gewährt worden sei. Die Verwaltung werde ihre Stellungnahme den Fraktionen vorab zur Verfügung stellen, damit sie dann in der nächsten Planungs- und Verkehrsausschuss-Sitzung am 8.06.2011 beraten werden könne.

Ende des öffentlichen Teils

Nichtöffentlicher Teil

9	Mitteilungen und Anfragen	

Hierzu lagen keine Wortmeldungen vor.

Ingo Steiner
Vorsitzender

Ursula Hillebrand
Schriftführerin